

Die Kinder sind in ihrer körperlichen, seelischen und geistigen Konstitution sehr verschieden. Eine beste Schule für alle Kinder gibt es nicht. Wir haben im Raum Nordwestschweiz ein vielfältiges Bildungsangebot. Innerhalb der autonomen Staatsschulen existieren vielfältige Schulmodelle, die den Bedürfnissen der Kinder und Familien entsprechen. Diese Modelle bieten je nach Bedarf spezielle Integrationsmodelle oder Tagesschulen an. Zum Bildungsangebot gehören auch seit Jahrzehnten erfolgreiche autonome nichtstaatliche Schulen. Ihr pädagogisches Profil kann sehr

Trotz Bildungsvielfalt werden die Kinder immer noch nach dem Territorialprinzip zwangseingewiesen.

verschieden sein. Es gibt selektionslose Gesamtschulen, notenfreie Schulen mit jahrgangsübergreifenden Klassen, Schulen für Hochbegabte, Modelle mit schülerbestimmtem Lernen oder offenem Unterricht. Einige dieser nichtstaatlichen Schulmodelle sind weltweit verbreitet und von der Bildungsforschung international anerkannt. In der Schweiz stehen sie alle unter staatlicher Aufsicht und werden regelmässig evaluiert.

Trotz dieser Bildungsvielfalt werden die Kinder immer noch nach dem Territorialprinzip zwangseingewiesen, egal ob das Leitbild der Schule zum Kind und zur Familie passt. Der Zwangseinweisung kann sich nur entziehen, wer es vermag, in ein anderes Quartier oder Dorf zu zügeln oder wer das zusätzliche Schulgeld für eine nichtstaatliche Schule bezahlt. Das kann dazu führen, dass Kinder jahrelang eine Schule erdulden müssen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen nicht entspricht. Jedes Kind hat aber laut Gesetz ein Anrecht auf unentgeltlichen Unterricht und eine optimale Bildung. Gute bedürfnisgerechte Bildung darf nicht vom Portemonnaie abhängig sein, sonst schlittern wir immer tiefer in ein chancenungerechtes Zweiklassen-Bildungssystem.

Die elternlobby.ch will mit ihren kantonalen Volksinitiativen «Ja, Bildungsvielfalt für alle» einen chancenreicheren Zugang für alle Kinder zum gesamten Bildungsangebot erreichen. Schulen, die ohne ethnische, religiöse und finanzielle Einschränkung offen für alle Kinder sind, sollen eine Pro-Kind-Pauschale erhalten, die den Durch-

schnittskosten eines Staatsschulkindes entspricht. Die freie Schulwahl stärkt alle:

- > Die Kinder, da Schule und Elternhaus freiwillig am selben Strick ziehen;
- > Die mündigen Erziehungsberechtigten, da sie ihre Erziehungsverantwortung durch die freie Schulwahl auch bewusst wahrnehmen;
- > Die Lehrpersonen, da sie diejenige Schule wählen können, die ihrem pädagogischen Unterrichtsstil am besten entspricht. Der Unterricht wird umso effizienter, je stärker sich die Beteiligten mit ihrer Arbeit, ihren Zielen und Methoden identifizieren;

- > Für dieses «Modell» müssen als Vorbild ausländische Schulkonzepte herhalten, die sich von der schweizerischen Bildungskultur und den bildungspolitischen Schulrealitäten grundlegend unterscheiden. Dabei soll das Baselbiet als Versuchsranne dienen für eine völlig ungewisse Entwicklung unserer Schulen. Es gibt weit und breit keine professionellen Vorstellungen, wie dieser Radikalumbau umgesetzt werden soll. Auch die Kosten sind alles andere als absehbar.

Unsere guten Schulen würden bei einer Zustimmung zugunsten eines undurchdachten Experiments aufs Spiel gesetzt. Bestehende Probleme



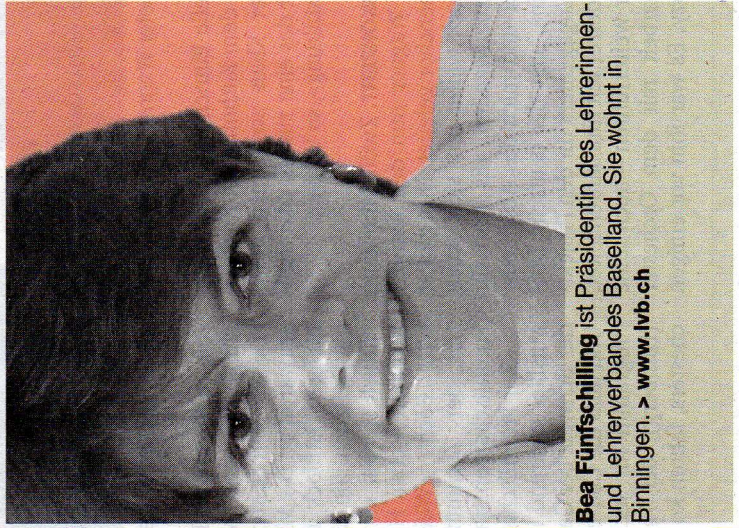
Pia Amacher ist Präsidentin von Elternlobby Schweiz. Sie wohnt in Reinach. > www.elternlobby.ch

Diese Initiative ist gefährlich, weil sie auf den ersten Blick verlockend aussieht: Wer möchte nicht «frei wählen» können! Nur wäre das eine Selbstbedienung für ganz wenige privilegierte. Die meisten andern Kinder würden sich dafür Nachteile einhandeln!

Auf den Punkt gebracht: Das öffentliche Bildungssystem – eine der anerkannt wichtigsten Eigenschaften der Schweiz und des Baselbiets – würde leichtfertig aufs Spiel gesetzt: Statt «Chancengleichheit» würde noch mehr Ungleichheit statt «Bildungsvielfalt» eine Schwächung der öffentlichen Schule resultieren.

Für dieses «Modell» müssen als Vorbild ausländische Schulkonzepte herhalten, die sich von der schweizerischen Bildungskultur und den bildungspolitischen Schulrealitäten grundlegend unterscheiden. Dabei soll das Baselbiet als Versuchsranne dienen für eine völlig ungewisse Entwicklung unserer Schulen. Es gibt weit und breit keine professionellen Vorstellungen, wie dieser Radikalumbau umgesetzt werden soll. Auch die Kosten sind alles andere als absehbar.

Unsere guten Schulen würden bei einer Zustimmung zugunsten eines undurchdachten Experiments aufs Spiel gesetzt. Bestehende Probleme



Bea Fünfschilling ist Präsidentin des Lehrerinnen- und Lehrerverbandes Baselland. Sie wohnt in Binningen. > www.lvb.ch

des Schulwesens sind längst erkannt und werden bearbeitet: Das Harmonisierungsprojekt der Erziehungsdirektorenkonferenz beinhaltet die vom Volk gewünschten Schul- und Bildungsentwicklungen, deren Weiterbearbeitung bei einer Annahme der Initiative nicht mehr bezahlbar wäre.

Das Baselbiet soll als Versuchsranne dienen für eine völlig ungewisse Entwicklung der Schulen.

Deshalb empfehlen Konferenzen, Personalverbände, Wirtschaftsvertreter und immer mehr Politikerinnen und Politiker aller Parteien die konsequente Ablehnung. Diese Initiative ist schlecht:

- > für Eltern und Kind, denn sie gefährdet die Qualität der öffentlichen Schule und kann zur Schliessung von Schulen führen. Lange und gefährliche Schulwege für die meisten Kinder wären die Folge. Kleine Gemeinden wären besonders betroffen;
- > für die laufenden Entwicklungen, denn sie zieht zugunsten von Sonderwünschen einer Minderheit dringend benötigte Mittel für die öffentliche Schule ab und verhindert so die Harmonisierung;
- > für die Gesellschaft, denn sie spaltet sie in eine Mehrheit der Kinder, welche weiterhin öffentliche Schulen besuchen, und in eine privilegierte Minderheit, für deren Eltern die Hürden der Wahl einer bevorzugten Schule problemlos sind. Damit wäre die gesellschaftlich und staatspolitisch erwünschte Durchmischung und Integration an der Volksschule praktisch gescheitert;
- > für die Gemeinden, denn sie führt zur Abwanderung von Schulkindern und erschwert die Planung des Schulwesens;
- > für Baselland, denn sie zwingt einem Kanton auf, was gesamtschweizerisch gescheitert ist;
- > für die Wirtschaft, denn sie zieht neue Schweizerische und auch ausländische Bildungsinstitute an, die mit eigenen Schulabschlüssen aufwarten werden. Das erschwert die Vergleichbarkeit und behindert die Lehrstellensuche;
- > für die Steuerpflichtigen, denn sie lässt die Bildungsausgaben gesamthaft ansteigen, verursacht eine Auflöschung der staatlichen Kontrollorgane und zieht Steuergelder ab an den Genfersee oder in die Innerschweiz.

Mit einem Nein lassen sich solche Fehlentwicklungen verhindern.